

13. HAMMER UNTERNEHMERTAG

Die Kanzlei Beckschäfer & Kipke GbR in Hamm veranstaltete den 13. Hammer Unternehmertag im Veranstaltungszentrum Räkers-Hof in Hamm.

Einmal im Jahr treffen sich die Hammer Unternehmer zu einem Gedankenaustausch. Zum 13. Hammer Unternehmertag lud die Kanzlei Beckschäfer & Kipke GbR Dr. Gregor Gysi ein.



Dr. Gregor Gysi gehört zu den bekanntesten, aber auch zu den umstrittensten Persönlichkeiten der deutschen Politik. Er ist beliebt und gefürchtet für seine offenen Worte. Gysi bringt die Sachen auf den Punkt.

Im Rahmen seines IMPULS-Vortrags in Hamm sprach er über die Bedeutung des Mittelstandes und darüber, wie linke Politik für mittelständische Unternehmen gestaltet werden sollte.

Gregor Gysi hat dabei auch Deutschland analysiert und ist auf die gegenwärtigen Herausforderungen in unserem Land und in Europa eingegangen.

Für die Hammer Unternehmer war es Balsam auf ihren Seelen, den sie so nicht erwartet hatten. Linken-Politiker Gregor Gysi ist der Überzeugung, dass es ohne gesunden Mittelstand nicht läuft. Von Klassenkampf keine Rede bei den Hammer Unternehmertagen. Vielmehr immer wieder Kopfnicken im Plenum.

Die Welt sei im Umbruch, unter anderen sehe man das daran, dass er vor zehn Jahren nie und nimmer von Unternehmern zu

einem Vortrag eingeladen worden wäre. Nun könne er auch seine Vorstellungen von Wirtschaftspolitik dem Hammer Mittelstand darlegen.

Wirtschaftspolitik, so sein Credo, dürfe nicht nur für die Unternehmer gemacht werden. Gysi: „Bildungspolitik wird auch nicht nur für Lehrer gemacht.“ Somit könnten von einer vernünftigen Wirtschaftspolitik alle Seiten profitieren. Schnell hatte der Politiker sein Feindbild skizziert: Großbanken und internationale Konzerne. Vor allem sie hätten die Wirtschaft in eine Schieflage gebracht. Großbanken, die lieber ihre Geschäftsfelder im Investmentsektor suchten, aber dem Mittelstand nicht zur Seite stünden.



Der Mittelstand und die Kleinstunternehmen seien es, bei den über 90 % der Angestellten Beschäftigung finden. Hier könne noch eine Unternehmenskultur vermittelt werden, die wichtig sei.

Anders als seine Partei, spreche er sich für eine moderate Umverteilung und Besteuerung aus. Er wolle Einkommen ab € 100.000,00 mit 53 % besteuern. „Das gilt für die Summe, die über die 100.000 hinausgeht“, so Gysi. Dass aus seiner Partei einige 75 % Einkommensteuer und eine Vermögenssteuer fordern, hält er für Enteignung. „Das darf nicht sein“, richtete er den Blick auf seine Partei.



Zur Steuergerechtigkeit trage auch bei, die Steuerpflicht – wie in den USA – an die Staatsbürgerschaft zu koppeln. Auch wer im Ausland – etwa im Steuerparadies Monaco – wohne, aber deutscher Staatsbürger sei, müsse in Deutschland Steuern zahlen. Gysi: „Das halte ich nur für gerecht und ehrlich.“



Steuern heißt bei Gysi „nichts anderes als steuernd wirken“. Somit müsste der Staat mehr investieren. „Denn Investitionspolitik ist Wirtschaftspolitik“, so Gysi. Dazu müsse es auch bei öffentlichen Aufträgen, die europaweit ausgeschrieben werden müssten, erlaubt sein, der heimischen Wirtschaft einen Vorteil zu gewähren. Nach Gysis Vorstellungen könnten sie den Zuschlag bekommen, wenn sie maximal 10 % über dem günstigsten Angebot liegen.

Es gebe Bereiche, aus denen sich der Staat auf keinen Fall zurückziehen dürfe. Die Daseinsvorsorge nannte Gysi als ein Beispiel. Kultur, Gesundheit und Bildung seien Bereiche, die nicht privatisiert werden dürften. Er spreche ohnehin viel lieber von einer Vergesellschaftung als von einer Verstaatlichung. Die Gesellschaft müsse in den Betrieben stärker Berücksichtigung finden, ließ Gysi einen kleinen Funken Klassenkampf aufblitzen.

Sorge bereite im derzeit die Fokussierung vieler Staaten in Europa auf ihre Nation. „Das ist der falsche Weg, wir müssen europäisch denken.“



Vita Dr. Gregor Gysi

Geboren am 16.01.1948; Beruf: Rechtsanwalt, Mitglied der Fraktion in der 16., 17. und 18. Wahlperiode, Direktmandat im Wahlkreis 85.

Geboren in Berlin; geschieden, drei Kinder.

1954 bis 1962 Polytechnische Oberschule, 1962 bis 1966 Erweiterte Oberschule. Gleichzeitig Ausbildung zum Facharbeiter für Rinderzucht. 1966 Abitur. 1966 bis 1970 Jurastudium an der Humboldt-Universität Berlin, 1970 bis 1971 Richterassistent, dann Wechsel zum Kollegium der Rechtsanwälte als Assistent. Promotion 1976.

Seit 1971 Rechtsanwalt in Berlin; Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte in Berlin und des Rates der Vorsitzenden der Kollegien der Rechtsanwälte in der DDR von 1988 bis 1989. Mitglied in der Gewerkschaft ver.di.

Dezember 1989 bis Januar 1993 Vorsitzender der PDS; Mitglied der Volkskammer vom 18.03. bis 02.10.1990, Vorsitzender der PDS-Fraktion.

Mitglied des Bundestages vom 03.10.1990 bis zum 01.02.2002; 1990 bis 1998 Vorsitzender der Gruppe der PDS; von 1998 bis Oktober 2000 Vorsitzender der PDS-Fraktion.

Vom 17.01.2002 bis zum Rücktritt am 31.07.2002 Berliner Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in einer SPD-PDS Koalition in Berlin.

Seit August 2002 wieder als Rechtsanwalt tätig.

Am 18.09.2005 und 27.09.2009 im Wahlkreis 85 Berlin-Treptow-Köpenick direkt wieder in den Bundestag gewählt.



Rechtsanwalt Stefan Kipke
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater,
Lünen, Münster
Tel. 0 23 06 - 7 00 70



Dipl.-Betriebswirt Franz Beckschäfer
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater,
Hamm
Tel. 0 23 81 - 9 11 00

